

Die Spuren der Vergangenheit

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit prägte das politische Klima der Bielefelder Universität in den Siebziger Jahren wesentlich. In der Herangehensweise an dieses Thema lassen sich massive Unterschiede zwischen den linken Hochschulgruppen einerseits und dem RCDS andererseits feststellen.

Für linke Studentengruppen war der Umgang der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit dem "Dritten Reich" von Verdrängung gekennzeichnet. Diese spiegelte sich ihrer Meinung nach in personellen Kontinuitäten zum Nationalsozialismus wider. Ein deutliches Indiz dafür bildete in den Augen der Studenten „der noch weitgehend aus der Zeit des Faschismus herübergerettete Richterstand“. Diesen Umstand führten sie darauf zurück, daß eine strafrechtliche Verurteilung der Täter oft versäumt wurde. Deshalb übten insbesondere die Jura-Studenten Kritik an der Ende der Siebziger Jahre drohenden Verjährung von Naziverbrechen und an den vier Freisprüchen, die bis dahin im Düsseldorfer Majdanek-Prozess (1975-1981) erfolgt waren.

Entscheidend bei der Thematisierung des „Dritten Reiches“ war jedoch der Gegenwartsbezug, den die Studenten herstellten. Sie sahen die demokratischen Grundrechte innerhalb der Bundesrepublik durch innenpolitische Entwicklungen gefährdet. Verschiedene Bereiche, wie beispielsweise die Mitbestimmung an den Hochschulen, Arbeitsrecht und Haftbedingungen für RAF-Terroristen waren für sie durch Parallelen zum Nationalsozialismus gekennzeichnet. Insbesondere in den Berufsverboten gegenüber Marxisten und Kommunisten im öffentlichen Dienst offenbarte sich für linke Hochschulgruppen der faschistische Charakter der Bundesrepublik.

Wie berechtigt war dieser Faschismusvorwurf? War er Folge einer ernsthaften und differenzierten Beschäftigung mit den politischen Verhältnissen im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik oder stellte er lediglich einen Aufhänger für den Konflikt mit der Elterngeneration dar und bot somit die Möglichkeit zur pauschalen Verurteilung der eigenen Gegenwart?

Während die linken Hochschulgruppen das kapitalistische System Westdeutschlands in die Nähe zum Faschismus rückten, bestand für den RCDS eine enge Verwandtschaft zwischen Kommunismus und Faschismus. Nicht seitens der Regierungspolitik sah er eine Gefährdung der Demokratie, sondern seitens des Terrorismus und der linken Gruppierungen. Dabei ging er so weit, rechtsradikale Ausschreitungen als Inszenierungen von Kommunisten zu begreifen.

Viele jüngere Menschen haben den Fluch gespürt

Prof. Norbert Elias, erster Adorno-Preisträger, bis Ende September am ZfP

Prof. Elias: „Die Ereignisse von 1933 in Deutschland haben sich gewiß nicht auf den Verfall einer zivilisierten Kultur beschränkt. Ein solches Ereignis, wie Faschismus, stellt aber eine Rolle. Aber die Ereignisse in den Marzmonaten haben für manche Studenten unter anderem auch die Funktion eines Scheiterns, die half jungen Menschen sich von einem Zustand der Gleichgültigkeit zu lösen, mit dem der Name der Deutschen belastet war. Es wäre nicht unangebracht, die Ereignisse von 1933 als Fluch zu sehen, an dem viele jungen Menschen, die damals geboren wurden, nicht ohne auch bei der gegenwärtigen Welle der Gewalt eine Rolle spielten.“

Norbert Elias bei der Verleihung des Adorno-Preises in Frankfurt 1977. „Westfalenblatt“ vom 30. Januar 1979.



Im Sommersemester 1976 in der Studentenzeitschrift „links extra“ veröffentlicht.

Artikel 3(3)

1. niemand darf wegen seines geschlechtes seiner abstammung seiner rasse seiner sprache seiner heimat und herkunft seines glaubens seiner religiösen oder politischen anschaunngen benachteiligt oder bevorzugt werden

2. ein volk von ex-nazis und ihren mitgliedern betreibt schon wieder seinen liebblingsport die hetzjagd auf kommunisten sozialisten humanisten dissidenten linke

3. wer rechts ist grinst

4. beispielsweise wird eine partei zugelassen damit man die existenz ihrer mitglieder zersprengen kann eigentlich waren die nazis ehrlicher zugegeben die neue methode ist cleverer

5. dreissig jahre später gibt es wieder sagen wir zehntausend die verhöhen die neue gestapo wehrt euch vielleicht gibt es zeitungn die eine rubrik einrichten jeden tag in einem karten eine visage die fotografie einer fresse die verhört mit namen beruf adresse sowie in den meisten fällen mitgliedsnummer der dandp dann selbstverständlich keine gewalt sondern geht hin und zeichnet die wohnungstür das haus des folterers mit hakenkreuzen ich garantier euch der wird es sich überlegen ob er noch einmal verhört der läuft zu seinem boss und sagt sorry boss die machen mich dingstret das wird mir zu gefährlich dem geht der arsch mit grundreis hört auf zu winseln wehrt euch die beste verteidigung ist der angriff (clausewitz)

6. als die nazis während des krieges in dänemark den judenstern einführen wollten trug der könig von dänemark bei seinem nächsten ausritt

den gelben stern auf seiner uniform warum legen der scheiß der schmidt der willibrandt der genscher der mahhofer nicht den judenstern an wenn sie beim frühstück lesen dass man schon wieder eine lehrerin gefoltert hat ah ich vergesse dass sie eine solche meldung mit der lupe suchen müssten wie wärs denn bundesdeutsche zeitungn wenn ihr den deutschen dissidenten wenigstens ein zehntel des raums einräumen würdet den ihr den russischen vidnet doch zieht ihr es vor aus dem gleichaus mit steinen zu scheissen die splitter im fremden anstatt den balken im eigenen auge zu sehen

7. das neue ka ist schon errichtet die radikalen sind ausgeschlossen von öffentlichen dienst also eingeschlossen ins lager das errichtet wird für den gedanken an die veränderung öffentlichen dienstes die gesellschaft ist wieder geteilt in wächter und bewachte wie gehabt ein geruch breitet sich aus der geruch einer maschine die gas erzeugt

Alfred Andersch

Dieses Gedicht von Alfred Andersch wurde im Sommersemester 1976 im „Paragrafenreiter“, der Hochschulzeitung der Jura-Studenten, mit dem Hinweis veröffentlicht, dass der Programmleiter der Südwestfunks, Dieter Stolte, seine Ausstrahlung abgelehnt hatte. Dem Gedicht wurde folgendes Zitat des ehemaligen Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten, F. Neunhöffer, vorangestellt: „Berufsverbote sind ein Stückchen Faschismus“.

Berufsverbote gegen Demokraten, Alt- und Neo-Nazis „in Ehren“

Wie Bonn tatsächlich „Lehren aus 1933“ zieht

Verantwortliche Bonner Politiker wehren sich bei „Aufklärung“ im Ausland gegen die wachsende Kritik an ihrer Berufspolitik mit der Behauptung, die Entfernung von Kommunisten und anderen Demokraten aus dem Staatsdienst sei eine Lehre der Weimarer Republik, die sich gegen „Extremismus von rechts und links“ nicht zu wehren in der Lage gewesen sei.

Was diese Bonner Politiker, Mitglieder und Kandidaten der FDP, die als aktive Nazis die Rolle von Totengräbern der Weimarer Republik spielten, später heute zu den aktivsten Vertretern der Berufsverbotspolitik ... und können dies auch ungeschoren, respektvoll befehligen und wohlwollend als „freie Stützpunkte“ tagtäglich befehligen. Hier einige Beispiele von vielen:

- Die Bundesverfassung ist ein Grundgesetz, das die Grundrechte des Bürgers garantiert. Die Bundesverfassung ist ein Grundgesetz, das die Grundrechte des Bürgers garantiert.
- Als Juristen sind noch heute ehemalige aktive Faschisten und Blutsünder in hohen Staatsämtern tätig. Zum Beispiel Franz Heinecke, Richter am Bundesgerichtshof, der den Bundespräsidenten für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt hat.
- Als ein Beispiel für die zahlreichen im Auswärtigen Amt als Diplomaten tätigen ehemaligen NSDAP-Mitglieder führen, wird wegen seiner

Nazi-Diplomat Dr. Ernst Kautcher genannt. Kautcher war Mitglied der NSDAP, Mitarbeiter des Ribbentrop-Ministeriums und in dieser Eigenschaft 1944 Teilnehmer an der Potsdamkonferenz von Krummhübel. Außerdem arbeitete er in der Ribbentrop-Informationstelle XIV, die den Namen „Antisemitische Aktion“ trug. Dessen Ex-Nachfolger im Juni 1974, als der Ministerpräsidentenrat schon über zwei Jahre existierte, etliche Berufsverbote ausgesprochen waren und Mundertausende fortgeschriebener Demokraten auf ihre Gestattung Hauptmann Alfred Wolf. Sie alle sind ungeschoren im öffentlichen Dienst.

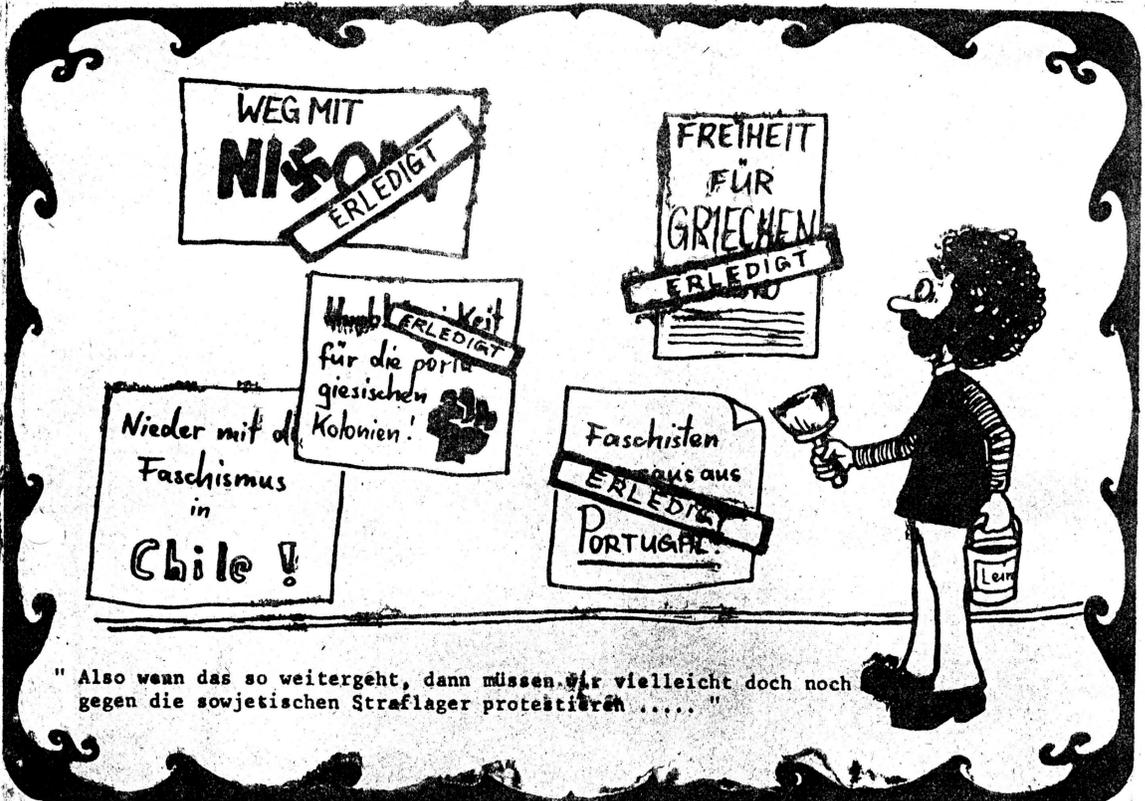
Als Juristen sind noch heute ehemalige aktive Faschisten und Blutsünder in hohen Staatsämtern tätig. Zum Beispiel Franz Heinecke, Richter am Bundesgerichtshof, der den Bundespräsidenten für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt hat.

Als ein Beispiel für die zahlreichen im Auswärtigen Amt als Diplomaten tätigen ehemaligen NSDAP-Mitglieder führen, wird wegen seiner

FASCHISTEN UND KOMMUNISTEN

Aber war der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus wirklich so prinzipiell? Keine Frage, sehr viele Kommunisten sind durch die Nazis verfolgt und hingerichtet worden. Trotzdem sind die Kommunisten alles andere als unschuldig an den durch den Nationalsozialismus begangenen Verbrechen.

Vom RCDS Ende der Siebziger Jahre in der Hochschulzeitschrift „Reflexe“ veröffentlicht.



Diese Karikatur veröffentlichte der RCDS 1975 in seiner Zeitung „Trumpf 1“.

Zum 30. Juni 1976 soll der Lokomotivführer Rudi Röder wegen seiner Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden.

Die 199 GG - die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsschriften werden von den Bestimmungen dieses GG nicht berührt.

Von Jura-Studenten im Sommersemester 1976 in der Fachschaftszeitung „Paragrafenreiter“ veröffentlicht.

Marxistisch-Leninistischer Kampfbund

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Die kommunistische NPD will am Sonntag, den 11. 11. in Detmold eine Großkundgebung veranstalten! Diese maffiose Provokation, diese ungeschwämzte Zur-Schau-Stellung der reaktionärsten Ziele des westdeutschen Kapitals und von allen friedliebenden Menschen verhindert werden!

Tod dem Faschismus!

Die faschistische Unterjochung heißt, wissen wir aus eigener Erfahrung noch allzu deutlich und wird uns durch die herrschende Klasse in der Türkei, Griechenland, Spanien usw. täglich von neuem vor Augen geführt!

Faschismus heißt: Vernichtung der grundlegendsten Freiheiten für die arbeitende Bevölkerung, Verhaftungen, Folterungen und Mord für jeden, sich dieser Terrorherrschaft entgegenstellt.

Und, wenn die Kapitalisten die Möglichkeit haben, heißt Faschismus: Krieg gegen die Völker anderer Länder, um auch sie auszubuten, um auch sie zu unterdrücken!

„Aber die NPD ist doch klein und unbedeutend, von ihr geht keine ernsthafte Gefahr aus.“ werden jetzt vielleicht einige denken.

Wie Kommunisten sind auch der Meinung, daß die NPD nicht mehr ist als ein häßliches Klend! Die dumme, rechte Vorstellung ihrer Führer, noch einmal wie 1933 - größere Teile der Bevölkerung durch Lügen, soziale Versprechungen usw. vor ihren reaktionären Karren spannen zu können, wird ein Hirngespinnst bleiben! Ein Hirngespinnst deshalb, weil die Arbeiterklasse und alle anderen

Presserechtl. Verantwortl.: R. Dreyer, 49 Heilbrunn, Schleierweg 18

Dieses Flugblatt verteilte der MLK im Sommersemester 1976.

Nieder mit der neuen Hitlerjüngend: SDAJ und MSB

Wie diese Überschrift auf einem Flugblatt des Kommunistischen Studentenverbandes aus dem Sommersemester 1976 zeigt, bezichtigten sich auch die linken Hochschulgruppen untereinander der Nähe zum Nationalsozialismus.

Diese beiden Beispiele machen deutlich, daß zahlreiche rechtsextremistische Aktivitäten vom Osten gesteuert werden. Hier liegt die eigentliche Gefahr des Rechtsextremismus. Dadurch, daß rechtsradikale Organisationen von Ostlichen Geheimdiensten gesteuert werden, können diese bei Bedarf für rechtsextremistische Aktivitäten sorgen, gegen die dann linke Gruppen protestieren und sich selbst als aktive Kämpfer gegen den Neofaschismus herausstellen können. Ein gegenseitiges Aufschaukeln von Links- und Rechtsextremismus wäre die Folge, wie dies schon einmal in Deutschland der Fall war.

Die SZ vom 20.1.1978 schrieb: „Hätte es 1931/32 schon ein Fernsehen gegeben, man könnte die Ähnlichkeit der Szenen an den Hochschulen damals und heute überaus eindrucksvoll studieren. Das Niederschreiben von Professoren, Nicht-hören-wollen von demokratischen Politikern, schließlich die brutale Gewalttat, das hat in Deutschlands Universitäten leider Tradition.“

Am 30. Januar 1933 waren die Universitäten schon lange fest in der Hand der NS-Studentenschaft Baldur von Schierachs. Laßt es

nicht noch einmal dahin kommen, daß die Universitäten zum Kampf gegen die Demokratie mißbraucht werden!

WEHRT EUCH GEGEN KOMMUNISTEN EBENSOWIE GEGEN FASCHISTEN!



Der RCDS sah einen engen Zusammenhang zwischen Rechts- und Linksextremismus. Ende der Siebziger Jahre in der Zeitung „Reflexe“ abgedruckt.